

Thorner Zeitung



Begründet

anno 1760

Östdeutsche Zeitung und General-Anzeiger

Erscheint täglich. Bezugspreis vierteljährlich bei Abholung von der Geschäftsstelle oder den Ausgabestellen in Thorn, Mocker und Podgorz 1,80 M., durch Boten frei ins Haus gebracht 2,25 M., bei allen Postanst. 2 M., durch Briefträger 2,42 M.

Schriftleitung und Geschäftsstelle: Seglerstraße 11. Telegr.-Adr.: Thorner Zeitung. — Fernsprecher: Nr. 46. Verantwortlicher Schriftleiter: S. Carl August Müller in Thorn. Druck und Verlag der Buchdruckerei der Thorner Östdeutschen Zeitung G. m. b. H., Thorn

Anzeigenpreis: Die sechsgespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pf. Reklamen die Petitzeile 30 Pf. Anzeigen-Aannahme für die abends erscheinende Nummer bis spätestens 2 Uhr nachmittags in der Geschäftsstelle.

Nr. 243.

Sonntag, 15. Oktober

Erstes Blatt.

1905.

Tageschau.

* Als Nachfolger des Handelsministers Möller ist Oberpräsident Dr. Delbrück ausersehen.

* Reichskanzler Fürst Bülow hat den Empfang einer Deputation des deutschen Städtetages in Sachen der Fleischsteuerung zugesagt.

* Der Friede in der Berliner Elektro-Industrie ist bis zum späten Nachmittag noch nicht gesichert; die eine beschließende Arbeiter-Versammlung hat sich auf morgen vertagt, die andere tagt augenblicklich noch weiter.

Die angedrohte Kündigung aller Weber der thüringischen Textilindustrie wurde gestern ausgesprochen, da von keiner Seite Entgegenkommen gezeigt wurde.

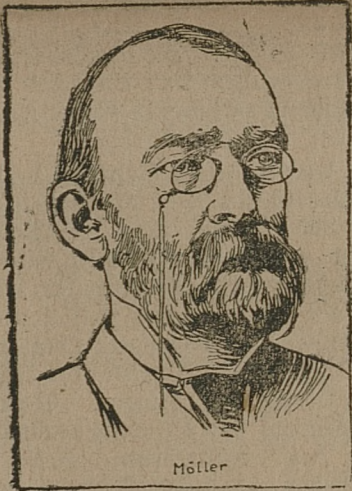
In Krasnojarsk wurde der Polizeiminister von Sydman in Gegenwart seiner Familie durch sechs Schüsse getötet.

Beide schwedische Kammern haben den Regierungsantrag betreffend die Billigung des Karlsföder übereinkommens angenommen.

Ueber die mit * bezeichneten Nachrichten findet sich näheres im Text.

Der alte und der neue Handelsminister.

Der „lange“ Möller geht, und zu seinem Nachfolger ist, wie wir bereits gestern melden konnten, unser gegenwärtiger Oberpräsident Dr. Delbrück ausersehen worden. Seine Ernennung dürfte in den nächsten Tagen erfolgen. Die Erwartung kommerzieller Kreise, daß abermals ein Großindustrieller der gleichen politischen Richtung, der Herr Möller vor seinem Eintritt



Möller

in die Regierung angehörte, an die Spitze des Handelsministeriums gestellt werden würde, hat sich also nicht erfüllt. Dr. Delbrück steht ungefähr auf dem Boden der freikonservativen Partei.

Ueber die Personalien des kommenden und des gehenden Mannes sei bemerkt: Der bisherige Oberpräsident von Westpreußen Dr.



Dr. Delbrück
der neue Handelsminister

Klemens Delbrück ist am 19. Januar 1856 in Halle a. S. als Sohn des Kreisphysikus Dr. Ernst Delbrück geboren. Er studierte die Rechtswissenschaft in Halle, Heidelberg, Greifswald und Berlin. 1877 wurde er Gerichtsreferendar, 1879 trat er zur Verwaltung über, 1882 wurde er als Regierungs-Professor der Regierung in Marienwerder überwiesen, wo er 1882-1885 arbeitete. Sieben

Jahre von 1885 bis 1892, war Delbrück Landrat in Luchel. Im Januar 1892 erfolgte die Ernennung zum Regierungsrat; am 19. Januar wurde er durch Goglers Vermittlung nach Danzig berufen. Als Regierungsrat beim Oberpräsidium in Danzig hatte er speziell das Dezernat landwirtschaftlicher Angelegenheiten. 1896 bewarb er sich um den durch Baumbachs Tod erledigten Oberbürgermeisterposten von Danzig und wurde am 21. Mai 1896 von der Stadtverordneten-Versammlung gewählt. Die erste persönliche Berührung mit dem Kaiser datierte aus den Herbsttagen des Jahres 1896, wo Delbrück auf dem Bahnhofe in Langfuhr dem Monarchen, der zu einem Besuch bei den 1. Leibhufaren eintraf, durch den Oberpräsidenten v. Gogler vorgestellt wurde. Der Kaiser hat, wie man sich wohl noch erinnern wird, bei dem Einzuge in den Septembertagen von 1901 in einer Ansprache dem damaligen Oberbürgermeister hohes Lob spendet. „Von dem bannenden Rebell parteipolitisch er Rücksichten, die lange die Stadt Danzig gedrückt und niedergehalten und ihr nicht gestattet haben, sich um ihr Interesse zu kümmern, sehe ich jetzt die Stadt befreit und vor uns aufblühen unter der sicheren Hand eines weitblickenden Stadthauptes.“ Bei der ganzen Bürgerschaft Danzigs, auch bei seinen politischen Gegnern, selbst den Sozialdemokraten genöß Delbrück unbedingte Hochachtung als offener, gerader Charakter. Danzigs Industrie und Handel verdanken ihm viel. Mit einem gesunden, praktischen Kunstverständnis begabt, hat er auch für die äußere Gestaltung des modernen Danzig erfolgreich gewirkt. Seine Ernennung zum Oberpräsidenten von Westpreußen erfolgte nach Goglers Tode im Oktober 1902.

Theodor Möller ging nach Absolvierung des Gymnasiums auf die Handelsschule und trat 1857 in die Lehre bei dem großen Rheedereigeschäft von Wörmann. Bereits im Alter von 23 Jahren gründete er zusammen mit seinem Bruder Dr. Karl Möller eine Maschinenfabrik bei Brackwede in Westfalen, die bald einen großen Ruf auch im Auslande erlangte. Von Jahr zu Jahr stieg das Ansehen Möllers sowohl in industrieller wie parlamentarischer und politischer Hinsicht. Durch den früheren Lehrer des Kaisers, Geheimrat Hinzpeter, wurde die Bekanntheit des Kaisers mit Möller vermittelt. Seine parlamentarische Tätigkeit als Nachfolger des Handelsministers Bresfeld dürfte noch in aller Erinnerung sein. Seine Ernennung war ein Zugeständnis an die Industrie; dagegen genöß der neue Minister bei den Agrariern nur geringe Sympathien, obwohl er sich schon wiederholt für die Landwirtschaft und für die Handelsverträge ausgesprochen hatte.



Fürst Bülow und der Städtetag. Reichskanzler Fürst Bülow hat sich bereit erklärt, die vom Vorstand des Deutschen Städtetages gewählte Deputation zu empfangen, die beim Reichskanzler um Maßnahmen zur Linderung der Fleischnot vorstellig werden soll. Ort und Zeit des Empfanges stehen noch nicht fest.

Der Bundesrat überwies in seiner gestrigen Sitzung den Gesetzentwurf wegen Aufhebung des Gesetzes über die eingeschriebenen Hilfskassen den zuständigen Ausschüssen. — Das ist alles, was offiziös über die Bundesratsitzung gemeldet wird. Und die Fleischnot?

Ueber die Stengelsche „Reichsfinanzreform“ scheinen, wie jetzt eine parlamentarische Korrespondenz ganz im Gegenfatz zu den bisherigen offiziellen Meldungen berichtet, im Schoße des Bundesrats ganz erhebliche Meinungsverschiedenheiten zu bestehen. Die betreffende Korrespondenz meldet: Die Reichsfinanzreform ist im Bundesratsauschuß für das Finanzwesen vom 7. bis zum 10. d. M. beraten worden. Im Anfang der Beratungen

wurde gemeldet, daß zu den im Reichsfinanzamt ausgearbeiteten Finanzprojekten Abänderungsvorschläge von einzelnen Bundesregierungen eingegangen seien. Bei der Schwierigkeit, diese Materie zu regeln, scheint eine Unterbrechung in den Verhandlungen eingetreten zu sein. Die Pause dürfte dazu ausgenützt werden, eine Verständigung herbeizuführen und neue Instruktionen einzuholen. Unter diesen Umständen wird sich die Einberufung des Reichstags verzögern.

Beiträge zur Fleischnot. Aus den heute wieder sehr zahlreich vorliegenden Meldungen, die sich auf die Fleischnot beziehen, sei nur folgende Auswahl wiedergegeben: Das Ersuchen des Braunschweiger Magistrats, Schritte zur Beseitigung der Fleischsteuerung beim Bundesrat zu unternehmen, hat die Braunschweigische Regierung abgelehnt. — In der Stadt Nürnberg hat im Oktober bereits wieder eine Abnahme der Schweinefleischungen um 1000 Stück stattgefunden, obwohl eine wesentliche Zunahme der Bevölkerung zu verzeichnen ist. — In Regensburg sind zehn kleine Metzger der Fleischnot zum Opfer gefallen und haben ihr Geschäft aufgeben müssen. Hält die Fleischnot weiter an, so werden noch mehr Geschäftschließungen folgen. — In einer Versammlung der Magdeburger Fleischerinnung erklärten der Obermeister und stellvertretende Obermeister es für absolut notwendig, daß die Grenzen auch für Magerevieh geöffnet werden, da unser inländisches Vieh durch gutes Magervieh aus dem Auslande verjüngt und verbessert werden müsse.

Der Wahlrechtskampf in Bayern. Im bayerischen Abgeordnetenhaus kämpft man gegenwärtig nicht nur um eine Reform des Wahlrechts, sondern man geht auch mit Ministerstürzereien um. Aber die gestrige Sitzung, die wieder sehr lebhaft war, meldet uns ein Telegramm aus München: Die endlich abgegebene Erklärung des Ministers Grafen v. Feilitzsch, daß die Regierung das Zustandekommen eines allgemeinen direkten Wahlrechts wünscht, brachte absolut nichts Neues; sie wurde mit eifrigem Schweigen aufgenommen. Die ganze Art, wie Feilitzsch alle bisherigen Angriffe gegen seine Person einfach ignorierte, machte nicht den Eindruck, daß er ans Gehen denkt. Vom Zentrum wurde daraufhin durch den Abg. Berstenberger nochmals durch die Blume erklärt, daß eine starke Hand an Stelle von Feilitzsch treten müsse. Etwas mehr Leben kam in die Verhandlung, als der Liberale Dr. Casselmann eine donnernde Philippika gegen die gefamte Staatsregierung, die sich dem Ultramontanismus verschrieben habe, hielt. Insbesondere nahm Casselmann den Ministerpräsidenten v. Podewils mit, indem er ihn als guten Wiener Diplomaten, aber als schlechten bayerischen Staatsmann ironisierte. Unter lautem Proteste des Zentrums und der Sozialdemokraten verarbeitete Abgeordneter Casselmann dann den „Ungekrönten König von Bayern“ von Bollmar und das schwarz-rote Bündnis, welches nicht wegen des Wahlgesetzes geschlossen worden sei, sondern um möglichst viele Mandate herauszuschinden. Unter kolossalem Stimmaufwand wendet sich in zweistündiger Rede Dr. Heim (Zentr.) oft mit heißem Witz gegen die Ausführungen Dr. Casselmanns und Dr. Müllers und gegen den Liberalismus überhaupt, während er in liebevoller Weise des rot-schwarzen Wahlbündnisses gedenkt. Schließlich stürmt er gegen das Gesamtministerium an, das durch zu spätes Ausschreiben der Wahlen viele Tausende um ihr Wahlrecht „begaunert“ habe. Direkt forderte er zwar nicht die Demission des Ministers Feilitzsch, die Forderung klang aber deutlich zwischen den Zeilen durch. Präsident von Orterer rügte den Ausdruck begaunern. Die Kritik an Heims Rede übte Minister Graf Feilitzsch selbst durch die Erklärung, er habe nichts zu erwidern, da Heim nichts Neues vorgebracht habe. Darob große Enttäuschung im Zentrum.

Zum Lohnkampf in Berlin. Bis gestern (Freitag) nachmittag ist der Frieden noch

nicht zustande gekommen. Die Versammlung der ausländischen Schraubendreher der Wernerwerke am Nonnendamm hat die endgültige Beschlussfassung auf heute (Sonntag) vertagt; die Versammlung der Lagerarbeiter des Kabelwerks Ober-Schönweide war bis zum späten Nachmittag zu einem Beschluß noch nicht gelangt.

Ein neuer Bergarbeiterstreik in Südt? Im Ruhrgebiet macht sich unter den Bergarbeitern eine neue Bewegung geltend, die durch Veranstaltung von etwa 20 über das ganze Ruhrgebiet verteilten Versammlungen, die alle am nächsten Sonntag stattfinden sollen, ihren Ausdruck findet. In jenen Versammlungen soll Stellung genommen werden gegen die Maßnahmen, die den Arbeitern die Freizügigkeit rauben, sowie zur neuen Arbeitsordnung; auch werden das neue Berggesetz sowie die Arbeiterauschufswahlen in sämtlichen Versammlungen einer Besprechung unterzogen werden. Hervorragende Führer beiderlei Richtungen werden an den Versammlungen teilnehmen.

Eine neue Verlufliste kommt aus Südwestafrika. Dort wurde der Befreite Adalbert Kowalewsky aus Skolki durch einen Schuß in die rechte Schulter verwundet, ferner erhielt der Befreite Heinrich Prange aus Darmstadt einen Schuß in die linke Schulter. Am 9. Oktober wurde auf der Patrouille bei Besondermaid verwundet: der Reiter Karl Seever aus Rohr, schwerer Knochenschuß in den rechten Unterschenkel, der Befreite Hermann Börner aus Ruhthal, leichter Fleischschuß in den linken Unterschenkel. — Gestorben ist am 9. Oktober im Lazarett Swakopmund an Typhus und Darmbluten: Militär-Krankenwärter Gustav Juna aus Straßburg i. E. Am 4. Oktober ist an der Wasserstelle Gobas südwestlich Keetmanshoop gefallen der Reiter Otto Hoffmann aus Lauk. Am 5. Oktober auf Patrouille am Kutipriver leicht verwundet: Sergeant Karl Boß aus Wismar, Schuß linke Schulter, rechte Wade.

Kurze Meldungen aus dem Reich. Fürst Bülow trifft am Sonntag aus Baden-Baden in Berlin ein, worauf wichtige Fragen erledigt werden sollen. Auch das Staatsministerium wird bald darauf zu einer Sitzung zusammen treten. — Handelsminister Möller erhielt gestern eine Einladung seitens des Herrn von Lucanus, ihn zu besuchen. Möller hatte hierauf mit Lucanus eine längere Konferenz. — Der Holzarbeiterstreik in Köln ist nach 10wöchentlicher Dauer beendet worden. Die Arbeiten wurden bedingungslos wieder aufgenommen, da ein weiterer Kampf als aussichtslos bezeichnet wurde. Die Stellen der Streikenden sind zur Hälfte bereits durch Arbeitswillige besetzt. — Wegen Verleumdung des preußischen Offizierkorps wurde von der Posener Strafkammer der Redakteur der poln. Zeitschrift „Prace“ zu 300 Mk. Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte drei Monate Gefängnis beantragt. — Der Deutsche Bismarck-Bund, der am 8. Oktober in Porta (Westf.) tagte, faßte folgende Resolution: „Der 4. Bundestag des Deutschen Bismarck-Bundes spricht die Hoffnung aus, daß die Regierung in ihren Bestrebungen, ein lebhaftes Tempo in der Vermehrung und Verjüngung unserer Flotte einzuschlagen, beharren möge.“



Österreich.

Eine österreich-ungarische Zolltrennung? Wie eine Depesche meldet, befindet sich in dem Programm Fejervarns ein ausgearbeiteter Gesetzentwurf über die österreichisch-ungarische Zolltrennung. Die Errichtung der Zollstranken soll danach Neujahr 1908 teilweise beginnen und 1916 allgemein durchgeführt werden.

Frankreich.

Die französisch-italienische Liebschaft. Die Franzosen wollen, wie in Rom verlautet, dem König von Italien eine Suld-

